

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 8465.
Erscheinungszeit von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingststraße 14. Tel. 1760.
Erscheinungszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltigen Petitzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 120.

Dresden, Mittwoch den 28. Mai 1913.

24. Jahrg.

Die Budgetkommission beschloß, heute sofort in die zweite Lesung der Wehrvorlage einzutreten.

Die Mächte verlangen von den Gallen-Verbündeten gleichmäßigste Unterzeichnung des Präliminarvertrages.

In der französischen Kammer kam es vor Annahme der Wehrvorlage zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Gemäßigten Rouanet und dem Kriegsmilitaristen.

In Mailand traten ca. 40 000 Arbeiter in den Sympathiepreis für die ausländischen Metallarbeiter. Auch die Straßenkämpfe schlossen sich dem Aufstand an.

Nach einer Weidung aus Moskau haben die Partys des rechten Landtags vollständig eingeschlossen und sind bereit, die Stadt zu beschließen.

Was wird aus der Deckung?

Mit der ersten Lesung der Wehrvorlagen ist ja nun die Budgetkommission fertig, aber unklar ist es noch, ob die Wehrvorlagen in Höhe von Kommission und Reichstag erörtert werden oder ob ihre Beratung mit der der Deckungsvorlagen verknüpft und dadurch die endgültige Entscheidung noch einige Wochen hinausgeschoben werden wird. Doch wird wahrscheinlich schon heute in der Budgetkommission die Entscheidung darüber fallen. Die Annahme der Wehrvorlagen steht ja außer Zweifel. Auch wenn die Schwarzblauen die Erfüllung ihrer Forderungen, Annahme der Wehr- und Deckungsvorlagen nicht gegen die Wehrvorlagen stimmen. Die Konterpartien haben bereits erklärt, daß sie unter allen Umständen für die Wehrvorlagen eintreten werden, und daß das Zentrum es zugehen sollte, die Wehrvorlagen abzulehnen, ist nicht anzunehmen. Die Zentrumskräfte verstehen ja den Kampf recht weit auszuweiten, aber mit dem Wut ist bei ihnen schlecht bestellt, und so dürfen sie sich kaum zu einer so energiegelassen Tat aufbringen, wie es die Ablehnung der Wehrvorlagen, gleichviel aus welchen Gründen sie erfolgt, doch immerhin wäre. Außerdem müssen die Zentrumskräfte ja doch auch Rücksicht auf die linken Brüder nehmen, denen es sicherlich nicht lieb wäre, wenn die linken Freunde und Verbündeten zusammen mit den Vaterlandlosen Gesellen von der Sozialdemokratie die Wehrvorlagen ja wohl bringen würden.

Wichtiges wird gemeldet, daß Verhandlungen im Gange sind, um die Differenzen zwischen Regierung und Reichstag über den Inhalt der Wehrvorlagen zu beseitigen. Am Montag haben zwischen Vertretern der Regierung und einigen Mitgliedern des Reichstags Besprechungen über die Gestaltung der Wehrvorlage in der zweiten Lesung der Budgetkommission stattgefunden, in denen verhandelt worden ist, einige Streichungen an der Vorlage in der zweiten Lesung wieder rückgängig zu machen. Die Bemühungen der Wehrverwaltung haben in einzelnen Punkten Erfolg gehabt, der Wiederherstellung der zwei gestrichenen Kavallerie-Regimenter steht vorläufig das Zentrum noch ablehnend gegenüber. Die Wehrverwaltung hat ihrerseits Zugeständnisse gemacht in der Richtung, den verdrängten in Entschuldigungen niedergelegten Wünschen tunlichst nachzukommen, so in der Uniformfrage und der Restauration des Straß- und Übungswesens.

So sicher es demnach erscheint, daß die Wehrvorlagen ohne nennenswerte Umfälle den Reichstag über kurz oder lang passieren werden, um so zweifelhafter ist noch das Schicksal der Deckungsvorlagen. Nur so viel scheint festzustehen, daß abgesehen von dem Wehrbeitragsgesetz, das übrigens auch nicht geändert werden dürfte, von den Vorschlägen der Regierung nicht viel übrig bleiben wird. Wie bereits berichtet, ist das Projekt einer Reichsvermögenssteuer stark in den Vordergrund getreten. Es wird gemeldet, daß in den letzten Tagen zwischen Zentrum und Nationalliberalen recht eifrig über die Reichsvermögenssteuer verhandelt worden ist. Man konnte es verstehen, wenn das Zentrum für die Vermögenssteuer zu haben wäre. Die Zentrumskräfte haben wohl eingesehen, daß eine Reichsbesitzsteuer doch nicht heranzukommen ist. Und da hätte für sie die Reichsvermögenssteuer doch mancherlei Vorteile vor der Erbschaftsteuer. Wegen der Erbschaftsteuer hat sich das Zentrum in den Kämpfen der letzten Jahre zu sehr festgelegt. Dazu kommt, daß sich eine Reichsvermögenssteuer besser den Bedürfnissen der Landwirtschaft anpassen läßt als die Erbschaftsteuer, das heißt, sie kann leichter so gestaltet werden, daß der ländliche Grundbesitz nicht geschont wird. Bei einem Erfolg wird das Vermögen des Geringeren durch das Verzicht im Interesse der Erbschaftsteuer genau festgelegt. Und es geht nicht gut, daß man dann der Besteuerung einen andern Maßstab zugrunde legt, wie die dem Verzicht festgesetzte Größe des Vermögens. Aber bei der Vermögenssteuer ist eine besondere Einschränkung nötig, da lassen sich viel leichter Vergünstigungen für den ländlichen Grundbesitz schaffen. Man kann z. B. bestimmen, daß landwirtschaftliche Grundstücke nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem sogenannten Ertragswert eingeschätzt werden. Es wird etwa bestimmt, daß landwirtschaftliche Grundstücke mit dem 20- oder 25fachen Ertrag eingeschätzt sind. Wie ist man umsonst Agrarier Reich in der Kauf hat, daß

niedrige Erträge aus ihren Grundstücken herauszurechnen, wenn's aus Steuerzahlen geht, ist ja gut genug bekannt. Die Sozialdemokratie ist an sich bereit, für eine Vermögenssteuer zu stimmen, aber sie würde sich natürlich einen vom Zentrum vorgeschlagenen oder nach seinen Wünschen ausgearbeiteten Entwurf sehr genau ansehen müssen, ehe sie ihm ihre Zustimmung gibt.

Die Regierungen der deutschen Einzelstaaten wären ja sicherlich von der Annahme einer Reichsvermögenssteuer nicht sonderlich erbaunt. Es wird behauptet, daß besonders die süddeutschen Staaten und Sachsen im Bundesrat sehr energisch Widerstand leisten würden. Aber wenn der Reichstag fest bleibt, so wird ihnen das nicht viel nützen. Es ist doch schließlich nicht möglich, daß das Deutsche Reich das Geld pumpt, das es zur Deckung der neuen Rüstungsausgaben braucht, und ohne Reichstag kann ja der Bundesrat nun einmal keine Deckungsvorlagen machen.

Die Sozialdemokratie könnte es zweifellos als einen Erfolg ihrer Tätigkeit buchen, wenn eine Reichsvermögenssteuer zustande kommt. Aber die Sozialdemokratie wird deshalb selbstverständlich nicht aufhören, den Kampf gegen den Militarismus mit unerminderter Energie zu führen. Selbst wenn die Kosten, die dem Reich durch die neuesten Rüstungsvorlagen entstehen, zu einem erheblichen Teil von den Besitzenden getragen würden, so bliebe doch für die Volksmassen eine gewaltige Vermehrung der Opfer an Gut und Blut, die sie dem Militarismus bringen müssen. Und wenn unsere Genossen auch eventuell für eine Reichsvermögenssteuer stimmen werden, um Schlimmeres vom deutschen Volke abzuwenden, so sind wir uns doch darüber klar, daß die Annahme einer solchen Steuer durchaus nicht als Erfüllung unserer Steuerforderungen anzusehen wäre. Wir verlangen, daß Besitzern im Reich geschaffen werden, nicht nur um neue Ausgaben zu decken, sondern auch um die vorhandenen ungerechten und drückenden indirekten Steuern zu beseitigen.

Auszug aus dem Bericht der Redaktion geht uns folgendes Telegramm zu:

Berlin, 28. Mai. In der Budgetkommission des Reichstags wurde beschlossen, sofort in die zweite Lesung der Wehrvorlage einzutreten. Der Beschluß wurde gegen die Stimmen der Konterpartien und des Zentrums gefaßt. Anschließend hat erklärt der Vertreter des Zentrums im Namen seiner Fraktion zur Geschäftsordnung, seine Freunde hielten es für unzulässig und geschloßen an dem Grundsatz fest: „Keine Ausgaben ohne Deckung.“ Sie würden in der zweiten Lesung der Wehrvorlage einmütig mitarbeiten, sich aber ihre definitive Stellung zur ganzen Vorlage vorbehalten.

Die Beratung der französischen Wehrkredite.

Paris, 27. Mai.

Die Kammer beriet heute die durch die Zurückbehaltung der Jahresklasse 1910 benötigten Kredite, die sich auf 480 Millionen frank belaufen. Der Abgeordnete Bonaparte betonte als Berichtserhalter unter den Zuschnitten der äußersten Linken, die von den Abgeordneten des Zentrums erwidert wurden, die Dringlichkeit für die Bewilligung der notwendigen Kredite, besonders für die Kavalleriehaufen. (Beifall im Zentrum und aus verschiedenen anderen Parteien.) Der republikanische Abgeordnete Brousselle kritisierte heftig das veränderliche Vorgehen der Wehrverwaltung, die jede auswärts gerichtete Kritik dazu benutzte, die Folgen ihrer Kurzsichtigkeit wieder gut zu machen. Kriegsminister Etienne legte gegen die Ausführungen des Abgeordneten Brousselle Verwahrung ein. Brousselle erklärte ferner, daß in dem Aufsicht, dem Kavalleriehaufen usw. finanzielle Unordnung herrsche. Der Redner schloß mit dem Verlangen, es möchten die zu bewilligenden Kredite einer strengen Kontrolle unterzogen werden.

Der Abgeordnete Thomas, Mitglied der Partei der gemäßigten Sozialisten, sagte, durch die Bewilligung der Kredite laufe die Kammer Gefahr, die dreijährige Dienstzeit zu verlängern oder unnötige Ausgaben zu veranlassen. Thomas warf dem Kriegsminister vor, er habe die Kammer vor die Zwangslage stellen wollen, Kredite zu bewilligen, ohne sie vorher ihrer Prüfung zu unterwerfen. Kriegsminister Etienne erklärte, er wolle die Ausführung des durch die Zurückbehaltung des dritten Jahresklassen billigen Beschlusses der Kammer so schnell wie möglich vorbereiten. Der angeforderte Kredit von 480 Millionen diene ausschließlich dieser Maßregel. 24 Millionen davon würden 1913 auszugeben werden. Der Minister widerlegte sodann die der Wehrverwaltung gemachten Vorwürfe der Hinterlist und des Mangels an Voraussicht; die Verwaltung verdiene Vertrauen. (Beifall im Zentrum.) Er begründete die angeforderten Kredite: seit 1911, wo die militärische Lage Frankreichs erlaubt hätte, den Streitkräften anderer Mächte entgegenzutreten, seien Ereignisse eingetreten, die man nicht vergessen dürfe. (Beifall im Zentrum und bei einem Teile der Linken.) Wir müssen uns nach dem richten, was anderwärts geschieht. (Erneuter Beifall, dann auf der äußersten Linken.) Demnach bietet die Regierung die Kammer, an das Wohl des Vaterlandes zu denken. (Beifall im Zentrum und bei einem Teile der Linken.) Der sozialistische Abgeordnete Bielleite machte der Regierung den Vorwurf, daß

se über die Zurückbehaltung der dritten Jahresklasse seinen amtlichen Erlass veröffentlicht habe, um die Soldaten zu hindern, an dem Staatrat zu appellieren. (Beifall.) Ministerpräsident Cartou unterbrach den Redner und sagte, die Erklärung des Abgeordneten Bielleite könnte ernste Folgen haben. Niemand könne sich darüber täuschen. (Beifall im Zentrum und bei einem Teile der Linken.) Cartou sagte hinzu, nach Artikel 88 des Gesetzes von 1906, in dem die Zurückbehaltung der dritten Jahresklasse ins Auge gefaßt ist, sei bestimmt, daß die Zurückbehaltung der dritten Jahresklasse dem Parlament mitgeteilt werden solle. Diese Mitteilung sei erfolgt. (Beifall im Zentrum und bei der äußersten Linken.) Er habe nie die Verpflichtung übernommen, die Mitteilung durch einen Erlass zu veröffentlichen. Bielleite blieb bei seiner Behauptung, die Zurückbehaltung der dritten Jahresklasse sei für das Wohl des Vaterlandes nicht unumgänglich notwendig; diese Maßregel würde hauptsächlich durch die antirepublikanischen Parteien unterstützt. (Beifall auf der Linken, lebhafter Beifall im Zentrum und auf der Rechten.)

Ministerpräsident Cartou wies unter dem Lärm der äußersten Linken darauf hin, daß die auswärts gerichtete Lage sich auch jetzt noch plötzlich verschlechtern könne und sehr fort. Wir haben demnach das Gleichgewicht mit der benachbarten Armee wieder herzustellen. (Donnerer Beifall auf der Rechten, im Zentrum und bei der Linken. Lärm auf der äußersten Linken.) Der Minister erklärte weiter, dem Parlament stehe auf Grund seiner Freiheit und seiner Rechte die Freiheit des Abganges der Wehrvorlage zu. Die gleichen Meinungen aber in der Kammer bedenkten Revolte, ja Revolution. Die Verteidigung des Landes sei gegenwärtig die notwendige Form, ja der eigentliche Grund für die Verteidigung der Republik. Dieser Punkt der Rede des Ministers wurde von der Mehrheit der Kammer mit großem Beifall aufgenommen.

Nachdem einige Gegner den Gesetzentwurf energisch bekämpft hatten, bewilligte die Kammer mit 386 gegen 165 Stimmen den für 1913 erforderlichen Kredit von 284 Millionen frank für die Zurückbehaltung des dritten Jahresklassen.

Ein Zwischenschritt.

Paris, 27. Mai. In der gestrigen Kammerdebatte kam es zu einem Zwischenfall, als der Abgeordnete Brousselle das Fehlen jedes Mittels in der Wehrverwaltung bemängelte. Er erinnerte daran, daß man vor einiger Zeit die Patronenhülsen mit dem doppelten Preis ihres Wertes bezahlt habe. Der sozialistische Abgeordnete Rouanet rief dagegen: „Etienne, adieu! adieu!“ Darauf sprang der Kriegsminister auf und schrie, daß sei eine Unverschämtheit. Etienne soll Rouanet zum Zweikampf fordern wollen.

Progressive Steuer auf Einkommen.

Paris, 27. Mai. Der Finanzminister hat in der heutigen Kammer Sitzung einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den eine progressive Steuer auf Einkommen über 10 000 frank eingeführt wird. Die Besteuerung soll über 70 Millionen jährlich einbringen, durch welche die Annuitäten der für die nationale Verteidigung bestimmten Anleihe von einer Milliarde frank gedeckt werden sollen. Die Steuer soll ein Prozent auf Einkommen bis zu 20 000 frank, zwei Prozent auf Einkommen bis 100 000 frank und drei Prozent auf Einkommen über 100 000 frank betragen.

Die Kammer beschloß, die Beratung der Vorlage über die dreijährige Dienstzeit am 2. Juni zu beginnen.

Deutsches Reich.

Der Wiederausammentritt des Reichstags.

Der Reichstag ist am Dienstag wieder zusammengetreten und Herr Raemhoff eröffnete die Sommertagung gleich wieder mit einer Betonung der militärischen Bewilligungsfreudigkeit, die er wohl als die oberste Pflicht der deutschen Volkvertretung betrachtet. Der Präsident des Reichstags hielt es für angemessen, der Budgetkommission für die „kräftige Förderung“ der Wehrvorlage zu danken, als ob er ein Kommissar des Kriegsministers wäre. — Eine Anfrage des Vorsitzenden der Politischen Versammlungen, des Abg. Sofinost, über die Haltung der oberösterreichischen Polizei beim Bergarbeiterstreik wurde von dem Vertreter des Staatssekretärs Delbrück selbstverständlich dahin beantwortet, daß der Polizei in Oberösterreich nichts ferner läge, als das Reichsvereinsgesetz oder sonst irgend ein Gesetz zu verletzen. Wo wird sie denn! — Dann beriet der Reichstag Petitionen. Eine umfangreichere Debatte entspann sich zunächst über Petitionen, die die Einsetzung eines Reichsvereinsamtes oder wenigstens einer Zentralstelle zur Förderung des Abchlusses von Tarifverträgen verlangten. Unsere Genossen König und Wey sprachen sich natürlich für eine solche Institution aus, erklärten aber, daß ihre Vorbedingung ein wirklich freies Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter sein müsse, denn natürlich kann ein Einigungsamt niemals ein Ersatz für die Organisation der Arbeiter sein, sondern es könnte nur in manchen Fällen verhindern, daß Differenzen zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer durch den Kampf ausgetragen werden. Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Herr Behrens, fand diese Haltung „eigenartig“, aber sein eigener Standpunkt erschien gleich darauf um so eigenartiger, als unsere Genossen nachwiesen, daß der Christliche Gewerkschaftsbund selbst sich auf den gleichen Standpunkt wie die freien Gewerkschaften gestellt hat! Man überwiegt diese Petitionen zur Berücksichtigung und beriet dann Petitionen, die eine Erhöhung des als unpfändbar geltenden Existenzminimums der Arbeiter und Angestellten forderten. Hier kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Interessen der Arbeiter und We-